

# TatortTOUR: Verbrechen beim Straßenneu- und -ausbau ermitteln

## Für eine soziale und klimagerechte Mobilitätswende

Das Danni-Mobil mit der Baumscheibe einer 270 jährigen Eiche, die zur ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause dem Bundestag als Denk-Mal übergeben werden soll, war auch zwei Tage an Tatorten in Hannover und lud am Montag, 12.8 ins FZH Linden zur Podiumsdiskussion "Für eine soziale und klimagerechte Mobilitätswende - jetzt!" ein.

Die Moderatorin Andrea Gerstenberg aus Dannenrod in Hessen begrüßte die Teilnehmenden freundlich provozierend mit "Habt Ihr Enkel?" und forderte "daher Mobilitätswende JETZT". Sie berichtete von Erfahrungen beim Bau der Verlängerung der A49, für den 2020 auch der berühmt gewordene Dannenröder Forst („Danni“), ein Laubwald mit sehr altem Baumbestand, geräumt und gerodet wurde. Sie führte aus, dass die Mobilitätswende auch "eine Mentalitätswende" erfordere. Sie, die Mehrheit der Landbevölkerung in Nordhessen, "wollen diesen Lebensstil nicht....", wollen nicht Gewerbegebiete statt Wald und Äcker. Und vor allem keine Autobahnpeiler im Trinkwasserschutzgebiet! Das sei viel zu gefährlich, auch für die Trinkwasserversorgung der Stadt Frankfurt. Weiter führte sie aus, die Verlängerung der A49 würde als Public-Private-Partnership ausgeführt und bis heute sei die vom ehemaligen Verkehrsminister Andreas Scheuer ausgehandelte Verzinsung nicht bekannt. Besonders prekär sei auch, dass die Genehmigung aus dem Jahr 1970 stamme, heute wäre so etwas nicht mehr genehmigungsfähig. Und die Trasse sei so gewählt worden, weil sie nur 3 Großgrundbesitzern gehört hätte, so hätten wenige viel Geld bekommen. Dass die Grünen damals die zuständige hessische Landesregierung nicht hätten platzen lassen, sieht sie als einen politischen Skandal, und das von Minister Tarek Al-Wazir damals gewünschte Ziel, eine schwarz-grüne Bundesregierung, sei bekanntlich nicht zustande gekommen.

Zum Westschnellweg führte der Verkehrsexperte Conrad Vinken aus: "Ich bin sehr gespannt auf die ersten Planungen." Zum Südschnellweg hat er aber eine pessimistische Einschätzung. Er führte allerdings auch positive Beispiele aus anderen Ländern an, z.B. "Wien setzt auf autofreie Quartiere."

Wolfgang Heuer, der ebenso wie Vinken an der Expertenrunde teilgenommen hatte, hob hervor, dass ein Planfeststellungsbeschluss "keine Pflicht, so zu bauen" beinhalte, sondern das Recht zu bauen. Bei der Umsetzung einer naturschonenden Alternative sind die Betroffenheiten geringer, damit bestehe auch kein Klagerisiko, wie es von Minister Lies befürchtet wird. Der Sprecher der Bürgerinitiative Leinemasch West forderte weiter, die in der Expertenrunde und besonders von Olaf Lies im persönlichen Gespräch gegebenen Zusagen einzuhalten: „Wenn es eine naturschonendere Variante gibt, werden wir diese umsetzen!“.

Jonas Henatsch, Vorstandsmitglied des BUND Region Hannover berichtete von einem Gutachten über geschützte Käfer im Ricklinger Holz, das vom Südschnellweg durchschnitten wird. Nun seien die Käfer aber an einer anderen Stelle des Ricklinger Holzes gefunden worden, nicht an den Bäumen, die direkt von der Abholzung bedroht sind.

Weiter führte Wolfgang Heuer aus, dass im Verlauf des Planfeststellungsverfahrens und auch im Nachgang der Expertenrunde solch schwerwiegende Fehler begangen worden seien, dass deshalb auch heute noch Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss möglich wären. „Zuvor wird die BI Leinemasch West aber einen Brief an Bundesverkehrsminister Wissing mit den besseren Argumenten und einem großen Verteiler senden.“ kündigte er an. Außerdem wolle man auch auf die Wirtschaftsverbände zugehen, denn die Bauzeit der jetzt vorgesehenen autobahnähnlichen Verbreiterung mit 2 Standstreifen betrage mindestens 10 bis 15 Jahre. Eine naturschonendere Variante sei deutlich schneller zu realisieren und daher auch für die gewerbliche Wirtschaft interessant (weniger Umwege-Fahrten und Staus). Und er wolle sich mit dem offenen Brief auch an die Haushälter im Bundestag wenden: „Wenn die hören, da könnt Ihr locker 1/2 Mio. sparen...“. Er sehe es beispielsweise als bewusste Täuschung, dass gesagt wurde, die Brücke über die Hildesheimer Straße habe nur eine Nutzungsdauer bis Ende 2023 und die Brücken über die Leine und den großen Teich nur bis 2024. Denn erstens würden letztere nach den aktuellen Planungen erst im Frühjahr 2031 ersetzt und bis dahin zweispurig befahren. Zudem seien die Haushälter mit der geplanten Verlegung der Beeke/Ihmebrücke und der anderen Brücken (Bauerwiese und Mühlenholzweg) bewusst getäuscht worden, denn diese halten noch "mindestens 70 Jahre".

Auch ein Diskussionsteilnehmer sieht noch Chancen für den Erhalt der Bäume am Südschnellweg, von denen ca. 3 ha noch von der geplanten Verbreiterung bedroht sind. Dafür nennt er drei Gründe: Die Klimaklagen von DUH und Greenpeace, die fehlenden Milliarden für die unzähligen kaputten Autobahnbrücken und die Tatsache, dass neue Maßnahmen mit den Klimagesetzen abgewogen werden müssten. Wolfgang Heuer ergänzte: „Und ich prüfe das!“, sagte Minister Lies. Und Conrad Vinken erinnerte sich, dass ein Mitarbeiter des Landes in der Expert\_innenrunde zur Sanierung im Bestand sagte: „Wir werden das prüfen müssen.“

Conrad Vinken kann sich nicht vorstellen, dass ein Querschnitt vergleichbar mit dem Südschnellweg, sich auf dem Westschnellweg wiederholt. Linden sei ein Dorf des Widerstandes: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass die da auch nur einen cm mehr durchballern". Und schon beim VEP 2035+ habe die Region Hannover sehr viel Wert auf: Wir wollen bessere Lebensqualität! gelegt.

Dem stimmte die Aktivistin aus dem Danni, zu: Sie hätte auf der Straße gehört: "ihr habt uns doch alles verbaut...". Ein Aktivist aus Hannover ergänzte: „Auf der Südseite steht fast noch ein km.“ Daher sei für ihn die Sanierung im Bestand die einzige Möglichkeit.

Und das alles vor dem Hintergrund, dass unzählige Brücken an Autobahnen und Bundesstraßen sanierungsbedürftig sind. Das führt nun dazu, dass die Planungen für den 8spurigen Ausbau der A2 gestoppt werden. Aber was ist mit der halben Milliarde, die im Westabschnitt des Südschnellwegs eingespart werden könnte, ohne den Tunnelbau zu gefährden?

Zum VEP 2035+ führte Conrad Vinken weiter aus: „Lies sagte auf der letzten Veranstaltung zum Westschnellweg, der ÖPNV ist super in der Region Hannover.“ Das mag momentan so sein, obwohl das zahlreiche Pendler\*innen, die täglich auf den ÖPNV angewiesen sind, anderes sehen. Vor dem Hintergrund, dass wir doppelt so viel Angebot im ÖPNV brauchen, um den motorisierten

Individualverkehr halbieren zu können und so in die Nähe der Klimaneutralität zu kommen, ist diese Aussage mindestens eine Verharmlosung der Anstrengungen, die vor uns liegen. Die Verkehrsprognose der Region Hannover beinhaltet auch eine Verkehrsvermeidung, die unter anderem durch erhöhtes Homeoffice zu Stande kommen kann. Beim Südschnellweg wurden dagegen Verkehrszählungen aus dem Jahr 2017 hochgerechnet und lediglich eine Trendprognose für den Kfz-Verkehr erstellt, die generell von einer Steigerung des Kfz-Verkehrs ausgeht. Klimaziele in die Prognose einzurechnen oder zumindest die Effekte des Homeoffice zu berücksichtigen, all das passierte nicht. Positiv zu erwähnen ist, die bei der Planung zu Grunde gelegten hohen Geschwindigkeiten müssen nach der neuen Straßenverkehrsordnung nicht mehr zwingend angeordnet werden, die Stadt hat das Recht, im Rahmen der Verordnungen zu entscheiden.

Hinterfragt wurde weiter die Aussage von Herrn Sebastian Tacke, Mitarbeiter der NLStBV, der Südschnellweg sei eine überregionale Verbindung. Denn die Schnellwege seien gebaut worden, um die Innenstadt perfekt zu erreichen und nicht den überregionalen Verkehr um die Stadt zu lenken. Dazu sind die Autobahnen A2 und A7 da. Den Fokus nur auf das Kfz zu legen, ist vor dem Hintergrund, dass 67 % der Menschen in Deutschland nicht Autofahren können, dürfen oder wollen, einfach falsch. Ein weiteres Indiz für die autofokussierte Planung des Bundes und des Landes ist, dass die Autobahn-GmbH schon bei 14.500 Mitarbeiter\_innen angekommen ist.

Stark kritisiert wurde, dass auch bei der geplanten Bürgerbeteiligung zum Westschnellweg die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsrates und des Dialogforums unter Leitung von Ifok nicht verbindlich sein sollen. Jonas Henatsch sagte dazu: „Der Bürgerdialog zum Westschnellweg macht nur Sinn, wenn es ein ernsthaftes Format ist und keine Show-Veranstaltung, wie es sich auf den ersten Terminen im Gymnasium Limmer leider dargestellt hat.“ Und die Anwesenden waren sich einig: „Wir sind viele! Und wir können politischen Druck aufbauen.“ Auch eine Petition vom 8.5.24 zum Erhalt der am Südschnellweg noch nicht gerodeten Bäume ([www.openpetition.de/leinemasch](http://www.openpetition.de/leinemasch)) sowie die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens wurden diskutiert.

Zum Schluss sangen uns die 6 Teilnehmer\_innen der TatortTOUR noch mit Akkordeonunterstützung den Verkehrswende-Tango „Heute ist Aktionstag kommt... Wir radeln zusammen... Wir arbeiten zusammen... Ein öffentlicher Nahverkehr...“

Almut Tobola  
a.tobola@web.de